

Bundesgesetzblatt ⁸⁵³

Teil II

Z 1998 A

1990

Ausgegeben zu Bonn am 13. September 1990

Nr. 33

Tag	Inhalt	Seite
31. 8. 90	Verordnung zur Neufassung der ECE-Regelung Nr. 43 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung des Sicherheitsglases und der Verglasungswerkstoffe (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 43) ..	854
13. 7. 90	Bekanntmachung des deutsch-ägyptischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	855
19. 7. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich und die Änderung des Übereinkommens über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts	857
2. 8. 90	Bekanntmachung des deutsch-kuwaitischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit	861
3. 8. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung einer internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen	865
3. 8. 90	Bekanntmachung zu der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	865
8. 8. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis	866
8. 8. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)	866
8. 8. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen	867
14. 8. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF)	867
5. 9. 90	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990	868

Die Neufassung der Regelung Nr. 43 – Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung des Sicherheitsglases und der Verglasungswerkstoffe – wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Verordnung
zur Neufassung der ECE-Regelung Nr. 43
über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung des Sicherheitsglases
und der Verglasungswerkstoffe
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 43)**

Vom 31. August 1990

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Gesetz vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet der Bundesminister für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene Neufassung der ECE-Regelung Nr. 43 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung des Sicherheitsglases und der Verglasungswerkstoffe vom 24. Februar 1988 wird in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Neufassung wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht. *)

Artikel 2

Die Verordnung zur Änderung der Regelungen Nr. 17, 25, 30 und 43 vom 21. Dezember 1985 (BGBl. 1986 II S. 169), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. September 1989 (BGBl. 1989 II S. 802), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung werden jeweils die Worte „Regelungen Nr. 17, 25, 30 und 43“ durch die Worte „Regelungen Nr. 17, 25 und 30“ ersetzt.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 Nr. 5 und der vorangesetzte Beistrich werden gestrichen.
- b) In Satz 3 werden die Worte „und die Änderung zur Regelung Nr. 43 wird als Anhang 6“ gestrichen.

3. In § 3 werden die Worte

„, des Anhangs 6 mit Wirkung vom 14. Oktober 1982“ gestrichen.

4. Der Anhang 6 wird gestrichen.

Artikel 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 4

Diese Verordnung und der Anhang treten mit Wirkung vom 31. März 1987 in Kraft. An demselben Tag tritt die Verordnung zu der Regelung Nr. 43 vom 6. Februar 1981 (BGBl. 1981 II S. 66) außer Kraft.

Bonn, den 31. August 1990

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung des Staatssekretärs
Dr. Heldmann

*) Der Anhang wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Bekanntmachung
des deutsch-ägyptischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 13. Juli 1990

Das in Bonn am 8. September 1989 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 9

am 27. Mai 1990

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. Juli 1990

**Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Schweiger**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Arabischen Republik Ägypten –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Arabischen Republik Ägypten beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Verhandlungsprotokoll vom 8. September 1989 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Arabischen Republik Ägypten oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam zu bestimmenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main,

für die in Artikel 2 genannten Vorhaben Darlehen und – zur Vorbereitung sowie für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der Vorhaben – erforderlichenfalls Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt DM 210 Mio. (in Worten: zweihundertzehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

Artikel 2

(1) Die Darlehen und Finanzierungsbeiträge werden für folgende Vorhaben verwendet, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist:

- (a) Rehabilitation des Industriebetriebes Misr Chemical
- (b) Rehabilitation der Baharia-Eisenbahnlinie, Phase II
- (c) Ersatzteile für Lokomotiven
- (d) Oberbauwartung der Eisenbahn
- (e) Herstellung nicht-traditioneller Futtermittel
- (f) Sektorprogramm Industrie II, Begrenzung auf Privatunternehmen (Aufstockung)
- (g) Rehabilitation von Kraftwerken (Aufstockung)
- (h) Technische Assistenz für die Wasserversorgung Kafr El Sheikh (Aufstockung)

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Die Auszahlung der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge, die für die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben bestimmt sind, ist davon abhängig, daß die in dem zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten vereinbarten Protokoll vom 8. Februar 1973 und dem Abkommen vom 8. Dezember 1987 übernommenen sowie die aufgrund dieses Abkommens zu übernehmenden Zahlungsverpflichtungen fristgerecht erfüllt werden.

Artikel 3

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er gewährt wird – einschließlich angemessener Gebühren sowie anderer Finanzierungskosten entsprechend banküblichen, zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Zentralbank von Ägypten als Vertreterin der Regierung der Arabischen Republik Ägypten vereinbarten Grundsätzen –, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen den Empfängern der Darlehen und Finanzierungsbeiträge und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen, ohne jedoch die Empfänger mit weiteren Finanzierungskosten außer den vorgenannten zu belasten.

(2) Die Regierung der Arabischen Republik Ägypten, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 4

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird mit keinen Steuern oder sonstigen öffentlichen Abgaben belastet, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 3 erwähnten Verträge in der Arabischen Republik Ägypten erhoben werden.

Artikel 5

Die Regierung der Arabischen Republik Ägypten überläßt bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen. Die Beteiligung der Linienreedereien an den Seetransporten regelt sich nach den zwischen den Linienreedereien der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten geltenden Vereinbarungen.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen

und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

(1) Die Vorhaben „Familienplanung, Phase II“ (Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe d des am 24. März 1984 zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit), „Elektrizitätssektor-Studie über Energierationalisierung in Industrien mit hoher Energienachfrage“ (Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe d des am 2. September 1985 zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit), „Wasserversorgungssystem Giza“ (Artikel 2 Abs. 2 Buchstabe f des am 7. August 1987 zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit und Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe d des am 5. Mai 1988 zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit) sowie „Förderung von Investitionen auf dem Privatsektor durch Geschäfts- und Entwicklungsbanken“ (Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b des am 5. Mai 1988 zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit) werden durch das Vorhaben „Rehabilitierung des Kraftwerks Assuan I“ sowie durch die in Artikel 2 Abs. 1 Buchstaben e und c dieses Abkommens genannten Vorhaben „Herstellung nicht-traditioneller Futtermittel“ und „Ersatzteile für Lokomotiven“ ersetzt, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Die aus dem Vorhaben „Programmbestimmte Warenhilfe – Ersatzteile für Bewässerungs- und Drainagepumpen“ (Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe b des am 29. Oktober 1978 zwischen beiden Regierungen geschlossenen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit) verbleibenden Beträge werden für das in Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe c dieses Abkommens genannte Vorhaben „Ersatzteile für Lokomotiven“ verwendet.

(3) Für diese Vorhaben gelten die Bestimmungen dieses Abkommens.

Artikel 8

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Arabischen Republik Ägypten innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 9

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Regierung der Arabischen Republik Ägypten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, daß die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen auf seiten der Arabischen Republik Ägypten erfüllt sind.

(2) Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten in Übereinstimmung mit den zwischen ihnen ausgetauschten Vollmachten dieses Abkommen in zweifacher Ausführung in deutscher, arabischer und englischer Sprache unterzeichnet, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Im Falle unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Textes ist der englische Text maßgebend.

Geschehen zu Bonn am 8. September 1989.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Lautenschlager
Zahn

Für die Regierung der Arabischen Republik Ägypten
Selim

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich und die Änderung des Übereinkommens
über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts**

Vom 19. Juli 1990

Spanien ist dem Übereinkommen vom 19. April 1972 über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts (BGBl. 1974 II S. 1137; 1975 II S. 1489; 1989 II S. 31) beigetreten. Der Beitritt Spaniens ist nach Artikel 32 Abs. 2 des Übereinkommens in Verbindung mit Artikel 2 des nachstehend genannten Beschlusses Nr. 3/87 des Obersten Rates

am 1. November 1987

wirksam geworden; am gleichen Tage ist die aufgrund des Beitritts von Spanien mit dem am 5. Juni 1987 ausgefertigten Beschluß Nr. 3/87 des Obersten Rates vom 4. Juni 1987 angenommene Änderung des Übereinkommens in der durch Beschluß Nr. 15/87 des Obersten Rates vom 3. Dezember 1987 berichtigten Fassung für die

Bundesrepublik Deutschland und alle übrigen Vertragsparteien in Kraft getreten. Der Änderungsbeschluß und der Berichtigungsbeschluß werden nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Dezember 1988 (BGBl. 1989 II S. 31).

Bonn, den 19. Juli 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

Beschluß Nr. 3/87
des Obersten Rates des Europäischen Hochschulinstituts
vom 4. Juni 1987
zur Änderung des Übereinkommens
über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts
nach dem Beitritt des Königreichs Spanien

Décision No. 3/87
du Conseil supérieur de l'Institut universitaire européen
du 4 juin 1987
modifiant la convention portant
création d'un Institut universitaire européen
à la suite de l'adhésion du Royaume d'Espagne

Der Oberste Rat –

gestützt auf das Übereinkommen über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts in der durch die Beschlüsse des Obersten Rates vom 20. März 1975 und 21. November 1986 geänderten Fassung, nachstehend als „Übereinkommen“ bezeichnet, insbesondere auf Artikel 32 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Das Königreich Spanien hat gemäß Artikel 32 Absatz 1 des Übereinkommens seine Beitrittsurkunde bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Gemäß Artikel 32 Absatz 2 des Übereinkommens wird der Beitritt an dem Tag wirksam, an dem der Oberste Rat die Änderungen festgelegt hat, die an diesem Übereinkommen vorzunehmen sind.

Es ist deshalb angebracht, die betreffenden Änderungen vorzunehmen;

im Einvernehmen mit dem Vertreter des Königreichs Spanien –

beschließt:

Artikel 1

Das Übereinkommen wird wie folgt geändert:

1. Artikel 6 Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„Ist zu einem Beschluß die qualifizierte Mehrheit erforderlich, so werden die Stimmen wie folgt gewogen:

Belgien	5
Dänemark	3
Deutschland	10
Griechenland	5
Spanien	8
Frankreich	10
Irland	3
Italien	10
Luxemburg	2
Niederlande	5
Vereinigtes Königreich	10

Beschlüsse kommen zustande, wenn mindestens 50 Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens 8 Regierungen umfassen, dafür abgegeben werden.“

Le Conseil supérieur,

vu la convention portant création d'un Institut universitaire européen, telle que modifiée par les décisions du conseil supérieur en date du 20 mars 1975 et du 21 novembre 1986, et ci-après dénommée «convention», et notamment son article 32 paragraphe 2,

considérant que le Royaume d'Espagne a, aux termes de l'article 32 paragraphe 1 de la convention, déposé son instrument d'adhésion auprès du gouvernement de la République italienne;

considérant qu'aux termes de l'article 32 paragraphe 2 de la convention, l'adhésion prend effet lorsque le conseil supérieur a déterminé les modifications qui doivent être apportées à la convention;

considérant qu'il y a lieu en conséquence d'apporter lesdites modifications;

agissant en accord avec le représentant du Royaume d'Espagne,

décide:

Article premier

Les modifications suivantes sont apportées à la convention:

1. Le texte de l'article 6 paragraphe 7 est remplacé par le texte suivant:

«Les votes relatifs aux décisions requérant la majorité qualifiée sont affectés de la pondération suivante:

Belgique	5
Danemark	3
Allemagne	10
République Hellénique	5
Espagne	8
France	10
Irlande	3
Italie	10
Luxembourg	2
Pays-Bas	5
Royaume-Uni	10

Les délibérations sont acquises si elles ont recueilli au moins cinquante voix exprimant le vote favorable d'au moins huit gouvernements.»

2. Artikel 19 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Finanzbeiträge der Vertragsstaaten, die zur Deckung der im Haushaltsplan des Instituts vorgesehenen Ausgaben bestimmt sind, werden nach folgendem Aufbringungsschlüssel festgelegt:

Belgien	5,52 %
Dänemark	2,26 %
Deutschland	19,35 %
Griechenland	1,63 %
Spanien	6,93 %
Frankreich	19,35 %
Irland	0,57 %
Italien	19,35 %
Luxemburg	0,17 %
Niederlande	5,52 %
Vereinigtes Königreich	19,35 %“

3. Artikel 27 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Amtssprachen des Instituts sind Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Niederländisch und Spanisch.“

4. Artikel 35 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Dieses Übereinkommen gilt für das europäische Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten, die autonome Gemeinschaft der Kanarischen Inseln, die französischen Übersee-Departements und die französischen Übersee-Territorien.“

5. An Artikel 38 wird folgender Absatz angefügt:

„Der spanische Wortlaut des Übereinkommens ist in der Fassung des Anhangs zum Beschluß des Obersten Rates, in dem die durch den Beitritt des Königreichs Spanien erforderlich gewordenen Änderungen angegeben sind, gleichermaßen verbindlich wie die in den vorhergehenden Absätzen genannten Texte; die Regierung der Italienischen Republik übermittelt der Regierung eines jeden Vertragsstaats eine beglaubigte Abschrift.“

Artikel 2

Der Beitritt des Königreichs Spanien zum Übereinkommen wird am 1. November 1987 wirksam.

An dem betreffenden Tage

- wird Spanien Vertragsstaat des genannten Übereinkommens;
- wird der diesem Beschluß beigefügte spanische Wortlaut des Übereinkommens gleichermaßen verbindlich wie der dänische, der deutsche, der englische, der französische, der griechische, der irische, der italienische und der niederländische Wortlaut.

Artikel 3

Dieser Beschluß ist in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.

Artikel 4

Der Vorsitzende des Obersten Rates notifiziert diesen Beschluß der Regierung jedes Vertragsstaates.

Geschehen zu Florenz am 5. Juni 1987

Im Namen des Obersten Rates
Der Vorsitzende
Christian Prettre

2. Le texte de l'article 19 paragraphe 1 est remplacé par le texte suivant:

«Les contributions financières des Etats contractants destinées à faire face aux dépenses prévues au budget de l'Institut sont déterminées selon la clef de répartition suivante:

Belgique	5,52 %
Danemark	2,26 %
Allemagne	19,35 %
République Hellénique	1,63 %
Espagne	6,93 %
France	19,35 %
Irlande	0,57 %
Italie	19,35 %
Luxembourg	0,17 %
Pays-Bas	5,52 %
Royaume-Uni	19,35 %»

3. Le texte de l'article 27 paragraphe 1 est remplacé par le texte suivant:

«Les langues officielles de l'Institut sont l'allemand, l'anglais, le danois, l'espagnol, le français, le grec, l'italien et le néerlandais.»

4. Le paragraphe premier de l'article 34 est remplacé par le texte suivant:

«1. La convention s'applique au territoire européen des Etats contractants, à la communauté autonome des îles Canaries, aux départements français d'outre-mer ainsi qu'aux territoires français d'outre-mer.»

5. A l'article 38 de la convention est ajouté l'alinéa suivant:

«Le texte de la convention rédigé en langue espagnole, tel qu'il figure en annexe à la décision du conseil supérieur précisant les modifications rendues nécessaires par l'adhésion du Royaume d'Espagne, fait foi au même titre que les textes mentionnés aux alinéas précédents, et le gouvernement de la République italienne en remet une copie certifiée conforme au gouvernement de chacun des Etats contractants.»

Article 2

L'adhésion du Royaume d'Espagne à la convention prend effet à la date du 1^{er} novembre 1987.

A cette date,

- l'Espagne devient un Etat contractant à ladite convention;
- le texte en langue espagnole de la convention, annexé à la présente décision, devient un texte faisant foi au même titre que les textes en langue allemande, anglaise, danoise, française, grecque, irlandaise, italienne, et néerlandaise.

Article 3

La présente décision est établie en langue allemande, anglaise, danoise, espagnole, française, grecque, irlandaise, italienne et néerlandaise, chacun de ces textes faisant foi.

Article 4

Le Président du Conseil supérieur notifie la présente décision au gouvernement de chacun des Etats contractants.

Fait à Florence, le 5 juin 1987

Par le Conseil supérieur,
le Président:
Christian Prettre

Beschluß Nr. 15/87
des Obersten Rates des Europäischen Hochschulinstituts
vom 3. Dezember 1987
zur Berichtigung des Beschlusses Nr. 3/87
zur Änderung des Übereinkommens
über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts
nach dem Beitritt des Königreichs Spanien

Décision No. 15/87
du Conseil supérieur de l'Institut universitaire européen
du 3 décembre 1987
portant correction de sa Décision n° 3/87
relative à la modification de la Convention
portant création d'un Institut universitaire européen
à la suite de l'adhésion du Royaume d'Espagne

Der Oberste Rat --

gestützt auf das Übereinkommen über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts in der durch die Beschlüsse des Obersten Rates vom 20. März 1975 und 21. November 1986 geänderten Fassung, nachstehend als „Übereinkommen“ bezeichnet, insbesondere auf Artikel 32 Absatz 2,

gestützt auf seinen Beschluß Nr. 3/87 vom 4. Juni 1987 zur Änderung des Übereinkommens nach dem Beitritt des Königreichs Spanien,

nach Kenntnisnahme von dem in einigen Sprachfassungen enthaltenen redaktionellen Irrtum in bezug auf den Übereinkommensartikel, der in Artikel 1 Nummer 4 des betreffenden Beschlusses genannt ist,

nach Kenntnisnahme davon, daß unter derselben Nummer unbeabsichtigtweise nicht ausdrücklich auf Ceuta und Melilla Bezug genommen wurde und daß eine solche Bezugnahme notwendig ist, damit diese Gebiete vom Übereinkommen erfaßt werden,

in der Erwägung, daß dieses doppelte Versehen berichtigt werden muß --

beschließt:

Artikel 1

Artikel 1 Nummer 4 des Beschlusses Nr. 3/87 lautet wie folgt:

4. Artikel 35 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Dieses Übereinkommen gilt für das europäische Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten, die Kanarischen Inseln, Ceuta und Melilla, die französischen Übersee-Departements und die französischen Übersee-Territorien.“

Le Conseil supérieur,

vu la convention portant création d'un Institut universitaire européen, telle que modifiée par les décisions du conseil supérieur en date du 20 mars 1975 et du 21 novembre 1986, et ci-après dénommée «convention», et notamment les dispositions de son article 32 paragraphe 2,

vu sa Décision n° 3/87 du 4 juin 1987 modifiant la convention à la suite de l'adhésion du Royaume d'Espagne,

prenant acte de l'erreur matérielle intervenue dans certaines versions linguistiques quant à l'article de la convention mentionné dans le quatrième paragraphe de l'article premier de ladite décision,

prenant acte de l'omission non délibérée de référence explicite à Ceuta et Melilla dans ledit article et paragraphe, ainsi que de la nécessité d'une telle référence pour qu'ils soient couverts par les dispositions de la convention,

considérant qu'il convient de porter correction à cette double erreur,

décide:

Article premier

Le quatrième paragraphe de l'article premier de la décision n° 3/87 se lit comme suit:

4. Le paragraphe premier de l'article 34 est remplacé par le texte suivant:

«1. La convention s'applique au territoire européen des Etats contractants, aux îles Canaries, à Ceuta et Melilla, aux départements français d'outre-mer ainsi qu'aux territoires français d'outre-mer.»

Artikel 2

Dieser Beschluß ist in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.

Article 2

La présente décision est établie en langue allemande, anglaise, danoise, espagnole, française, grecque, irlandaise, italienne et néerlandaise, chacun de ces textes faisant foi.

Artikel 3

Der Vorsitzende des Obersten Rates notifiziert diesen Beschluß der Regierung jedes Vertragsstaates.

Article 3

Le Président du Conseil supérieur notifie la présente décision au gouvernement de chacun des Etats contractants.

Geschehen zu Florenz am 3. Dezember 1987

Fait à Florence le 3 décembre 1987

Im Namen des Obersten Rates
Der Vorsitzende
Christian Prettre

Par le Conseil supérieur,
le Président:
Christian Prettre

**Bekanntmachung
des deutsch-kuwaitischen Abkommens
über kulturelle Zusammenarbeit**

Vom 2. August 1990

Das in Kuwait am 12. Juni 1989 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Kuwait über kulturelle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 11

am 23. Mai 1990

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 2. August 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Staates Kuwait
über kulturelle Zusammenarbeit**

**Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the State of Kuwait
concerning Cultural Co-operation**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Staates Kuwait –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the State of Kuwait,

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet und das Verständnis für das geistige und kulturelle Leben und die Lebensform des Volkes jedes der beiden Staaten zu verstärken und zu fördern –

desiring to strengthen and foster co-operation in the cultural field as well as an understanding of the intellectual and cultural activities and the way of life of the people of the other country,

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Zur Stärkung der Zusammenarbeit in allen ihren Formen auf dem Gebiet des Bildungswesens und der Wissenschaft einschließlich der Hochschulen, Schulen aller Art, Organisationen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der nichtschulischen beruflichen Bildung sowie der Forschungs- und Bildungsinstitutionen werden die Vertragsparteien bemüht sein,

In order to promote co-operation in all its forms in the fields of education and science, including universities and colleges, schools of all kinds, organizations and institutions providing adult education and non-school vocational training as well as research and educational institutions, the Contracting Parties shall endeavour to

1. die Zusammenarbeit zwischen den in beiden Ländern für diese Bereiche zuständigen Institutionen und Organisationen zu fördern;
2. gegenseitige Besuche von Personen, die in diesem Sektor tätig sind, zum Zweck des Informations- und Erfahrungsaustausches zu unterstützen;
3. den Austausch von wissenschaftlicher, pädagogischer und didaktischer Literatur, von Anschauungsmaterial für Informationszwecke und von Lehrfilmen sowie die Veranstaltung entsprechender Fachausstellungen zu unterstützen;
4. bei Projekten, die auf die Erhaltung des kulturellen und folkloristischen Erbes abzielen, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und auf der Grundlage von gesonderten Abmachungen zusammenzuarbeiten;
5. die Durchführung von gemeinsamen Ausbildungskursen, Zusammenkünften und Konferenzen von Personen, die in den verschiedenen Bereichen der Bildungsarbeit tätig sind, zu fördern.

1. encourage co-operation between the institutions and organizations responsible for these areas in the two countries;
2. support reciprocal visits by those working in this sector for the purpose of exchanging information and experience;
3. assist the exchange of scientific, pedagogical and instructional literature, teaching and visual aids, information material and instructional films as well as the organization of appropriate specialized exhibitions;
4. co-operate, within the scope of the possibilities available and on the basis of separate arrangements, in projects aimed at maintaining the cultural and folkloristic heritage;
5. promote the organization of joint training courses, meetings and conferences for people working in various educational spheres.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden bestrebt sein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten qualifizierten Studenten Stipendien zur Verfügung zu stellen, damit sie ihr Grundstudium oder ihr fortgeschrittenes Studium vervollkommen können, und Wissenschaftlern Gelegenheit zur Förderung ihrer speziellen Studien und Forschungen zu geben.

Artikel 3

Die Vertragsparteien werden prüfen, unter welchen Bedingungen die in den beiden Staaten verliehenen akademischen Diplome und Titel für akademische Zwecke als gleichwertig anerkannt werden können.

Artikel 4

Um eine bessere Kenntnis der Kunst, Literatur und verwandter Gebiete der jeweils anderen Vertragspartei zu vermitteln, werden sich die Vertragsparteien auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bemühen, entsprechende Maßnahmen durchzuführen und einander dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe zu leisten, insbesondere

1. bei nichtkommerziellen Darbietungen von Künstlern und Ensembles, bei der Veranstaltung von Konzerten und Theateraufführungen und anderen künstlerischen Darbietungen;
2. bei der Durchführung von Ausstellungen sowie der Organisation von Vorträgen und Autorenlesungen;
3. bei der Durchführung von Besuchsreisen von bildenden Künstlern, Architekten, Komponisten, Schriftstellern, Journalisten, Mitarbeitern von Verlagen, Leitern von Bibliotheken, Museen und Archiven sowie anderen Vertretern des kulturellen Lebens zur Entwicklung der Zusammenarbeit, zum Erfahrungsaustausch und zur Information;
4. bei der Förderung von Kontakten auf dem Gebiet des Verlagswesens, der Bibliotheken, der Archive und der Museen und zwischen Künstler- und Schriftstellerverbänden sowie beim Austausch von Fachleuten und Material;
5. bei der Herausgabe von Übersetzungen von literarischen Werken und Fachliteratur aus dem Land der jeweils anderen Vertragspartei;
6. bei der Durchführung von Dreharbeiten durch Film- und Fernsehamerateams;
7. bei der Förderung des Austausches von Wissenschaftlern und Fachkräften im Bereich der Wissenschaft, der technischen Forschung, der Pädagogik und der Hochschulverwaltung sowie von Lehrkräften, Ausbildern, Studenten und Schülern.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden bestrebt sein, das Studium der Sprache, der Kultur und der Literatur der jeweils anderen Vertragspartei zu fördern.

Artikel 6

1. Die Vertragsparteien werden im Rahmen der jeweiligen Rechtsvorschriften und unter den von ihnen zu vereinbarenden Bedingungen die Gründung kultureller Einrichtungen der jeweils anderen Vertragspartei erleichtern.
2. Kulturelle Einrichtungen im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere Kulturinstitute, Schulen und nichtschulische Einrichtungen, Bibliotheken und ähnliche wissenschaftliche und kulturelle Institutionen.
3. Die Vertragsparteien gewähren den entsandten Kräften dieser Einrichtungen und ihren Familienangehörigen im Gastland nach Maßgabe der jeweils geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften die zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen Erleichterungen, wie z. B. Ein- und Ausreisestichtvermerke sowie Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen.

Article 2

The Contracting Parties shall within the scope of their possibilities seek to provide scholarships to qualified students enabling them to complete their basic or further studies and to afford scientists an opportunity to continue their specific studies and research.

Article 3

The Contracting Parties shall examine under what conditions the academic degrees and certificates awarded in the two countries can be regarded as equivalent for academic purposes.

Article 4

In order to impart a better knowledge of the art, literature and related fields of their respective countries, the Contracting Parties shall endeavour on the basis of reciprocity to implement appropriate measures and in so doing to assist each other within the scope of their possibilities, especially as regards

- (1) non-commercial performances by artists and ensembles as well as the arrangement of concerts, theatrical performances and other artistic performances;
- (2) the arrangement of exhibitions as well as lectures and readings by authors;
- (3) the arrangement of visits by representatives of the fine arts, architects, composers, writers, journalists, members of the staff of publishing houses, directors of libraries, museums and archives as well as other representatives of the cultural sphere, for the purpose of developing co-operation, exchanging experience and providing information;
- (4) the promotion of contacts in the fields of publishing, libraries, archives and museums and between artists' and writers' associations as well as the exchange of experts and material;
- (5) the publication of translations of literary works and technical literature from the country of the other Contracting Party;
- (6) filming by motion picture and television camera teams;
- (7) supporting exchanges of scientists and experts in the fields of science, technical research, education and university administration and of teachers, instructors, students and pupils.

Article 5

The Contracting Parties shall endeavour to encourage the study of the language, culture and literature of the other country.

Article 6

- (1) The Contracting Parties shall, within the framework of the applicable regulations and on conditions to be agreed upon by them, facilitate the establishment of cultural institutions of the other Contracting Party.
- (2) Cultural institutions within the meaning of paragraph 1 above are, in particular, cultural institutes, schools and non-school establishments, libraries and similar scientific and cultural institutions.
- (3) The Contracting Parties shall, in accordance with the applicable laws and regulations, grant seconded personnel of the said institutions as well as the members of their families in the host country such facilities as are necessary for the performance of their tasks, for example entry and exit visas as well as residence and work permits.

4. Jede Vertragspartei gewährt den in den Absätzen 1 bis 3 genannten Personen und Einrichtungen im Rahmen der jeweils geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben.
- (4) Each Contracting Party shall, insofar as the applicable laws and regulations permit, grant exemption from taxes and other charges applicable to the persons and institutions referred to in paragraphs 1 to 3 above.

Artikel 7

Die Vertragsparteien fördern Sportveranstaltungen und Begegnungen zwischen Mannschaften in beiden Ländern und werden bestrebt sein, die Zusammenarbeit zwischen den Sportorganisationen sowie in den Bereichen Schul- und Hochschulsport zu erleichtern.

Article 7

The Contracting Parties shall promote sporting events and meetings between teams in the two countries and shall endeavour to facilitate co-operation both between sports organizations and in the sectors of school and university sports.

Artikel 8

Die Vertragsparteien unterstützen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Zusammenarbeit zwischen den für Film, Hörfunk und Fernsehen verantwortlichen Stellen beider Länder sowie den Austausch von Hörfunksendungen, Filmen, Tonbandaufzeichnungen und anderen audiovisuellen Medien, die den Zielen dieses Abkommens dienen können.

Article 8

The Contracting Parties shall within the scope of their possibilities support co-operation between the bodies of their countries responsible for cinema, radio and television as well as the exchange of radio and television programmes, films, tape recordings and other audio-visual media that could serve the aims of this Agreement.

Artikel 9

Bei Bedarf oder auf Ersuchen einer Vertragspartei treffen Vertreter der Vertragsparteien in einem der beiden Länder zusammen, um den Kulturaustausch im Rahmen dieses Abkommens zu bewerten und Empfehlungen zur Entwicklung des Kulturaustausches zu prüfen.

Article 9

As necessary or upon the request of either Contracting Party, representatives of the Contracting Parties shall meet in either country in order to evaluate the cultural exchange under this Agreement and to examine recommendations for the development of such cultural exchange.

Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Kuwait innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 10

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the State of Kuwait within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt am Tage des Eingangs der letzten der Notifikationen in Kraft, mit denen die Vertragsparteien einander mitteilen, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Article 11

This Agreement shall enter into force on the date of receipt of the last of the notifications by which the Contracting Parties inform each other that the respective national requirements for the entry into force of the Agreement have been fulfilled.

Das Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren und verlängert sich danach jeweils stillschweigend um den gleichen Zeitraum, sofern es nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt wird.

This Agreement shall be valid for a period of five years and shall be tacitly extended for successive five-year periods unless it is denounced in writing by either Contracting Party giving six months' notice.

Geschehen zu Kuwait am 12. Juni 1989 entsprechend 9. Thulqi'da 1409 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist; bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Kuwait on June, 12th 1989 corresponding to 9. Thulqi'da 1409 in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic; in case of divergent interpretations of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Dr. Bernd Wulffen

Für die Regierung des Staates Kuwait
For the Government of the State of Kuwait
Faruk Al-Omar

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung einer Internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen**

Vom 3. August 1990

Das Übereinkommen vom 12. Oktober 1955 zur Errichtung einer internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen (BGBl. 1959 II S. 673; 1968 II S. 862) ist nach seinem Artikel XXXIV Abs. 2 für

Saudi-Arabien am 18. November 1989
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Februar 1987 (BGBl. II S. 201).

Bonn, den 3. August 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
zu der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst**

Vom 3. August 1990

Ägypten hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 12. März 1990 unter Bezugnahme auf seine am 2. März 1977 hinterlegte Beitrittsurkunde zu der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in der in Paris am 24. Juli 1971 beschlossenen Fassung (BGBl. 1973 II S. 1069; 1985 II S. 81) gemäß Artikel I des Anhangs der Übereinkunft notifiziert, daß es die in Artikel II und III des Anhangs vorgesehenen Befugnisse in Anspruch nimmt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. September 1977 (BGBl. II S. 1140) und vom 14. März 1990 (BGBl. II S. 234).

Bonn, den 3. August 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis**

Vom 8. August 1990

Das Übereinkommen vom 20. Mai 1980 über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (BGBl. 1982 II S. 420) ist nach seinem Artikel XXVIII Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Finnland	am	6. Oktober 1989
Italien	am	28. April 1989
Niederlande	am	25. März 1990
Peru	am	23. Juli 1989

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. August 1988 (BGBl. II S. 779); letztere wird dahingehend berichtigt, daß das Übereinkommen für Kanada am 31. Juli 1988 und nicht – wie dort veröffentlicht – am 30. Juli 1988 in Kraft getreten ist.

Bonn, den 8. August 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten
(EUMETSAT)**

Vom 8. August 1990

Das Protokoll vom 1. Dezember 1986 über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) – BGBl. 1989 II S. 701, 702 – ist nach seinem Artikel 24 Abs. 4 für

Frankreich am 27. Dezember 1989
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1989 (BGBl. 1990 II S. 16).

Bonn, den 8. August 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1976
über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen**

Vom 8. August 1990

Das Übereinkommen von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (BGBl. 1986 II S. 786) wird nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für die
Niederlande am 1. September 1990
in Kraft treten. Die Niederlande haben bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde den folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 18, paragraph 1, of the Convention on Limitation of Liability for Maritime Claims, 1976, done at London on 19 November 1976, the Kingdom of the Netherlands reserves the right to exclude the application of Article 2, paragraph 1(d) and (e) of the Convention.”

„Nach Artikel 18 Absatz 1 des am 19. November 1976 in London beschlossenen Übereinkommens über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen behält sich das Königreich der Niederlande das Recht vor, die Anwendung des Artikels 2 Absatz 1 Buchstaben d und e des Übereinkommens auszuschließen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. November 1989 (BGBl. II S. 941).

Bonn, den 8. August 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den Internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF)**

Vom 14. August 1990

Das Übereinkommen vom 9. Mai 1980 über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) – BGBl. 1985 II S. 130 – ist nach seinem Artikel 23 § 2 Abs. 4 für
Monaco am 1. Februar 1990
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Juli 1987 (BGBl. II S. 430).

Bonn, den 14. August 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesgesetzblatt, Postfach 1320, 5300 Bonn 1, Telefon: (0228) 38208-0
Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 3,56 DM (2,56 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,56 DM.

Preis des Anlagebandes: 27,50 DM (25,80 DM zuzüglich 1,90 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 28,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1990 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Vertrages vom 3. August 1990
zur Vorbereitung und Durchführung der
ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990**

Vom 5. September 1990

Nach Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 29. August 1990 zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 813) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag vom 3. August 1990 einschließlich der Anlage und des Anhanges nach seinem Artikel 8 und der Änderungsvertrag vom 20. August 1990 nach seinem Artikel 3

am 3. September 1990

in Kraft getreten sind.

Bonn, den 5. September 1990

Der Bundesminister des Innern
Im Auftrag
Dr. Schiffer